



# Bürgerliste Wiesbaden

Fraktion Bürgerliste Wiesbaden – Rathaus – 65183 Wiesbaden

Rathausfraktion  
Schloßplatz 6  
Rathaus - 3.Stock / Zi. 308  
65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 - 31 31 60 / 59  
Fax: 0611 - 31 69 26

[www.BLW-Fraktion.de](http://www.BLW-Fraktion.de)

E-Mail:  
BLW-Fraktion@Wiesbaden.de

Bankverbindung:  
Nassauische Sparkasse Wiesbaden  
Kto. 110 241 700  
BLZ 510 500 15

Fraktionsvorsitzender:  
Dr. Michael von Poser  
Geschäftsführer: K.H. Maiert

Wiesbaden, 18.04.2007

## **Pressemitteilung :**

### **Integrationsvertrag**

Was geschieht eigentlich in Sachen Integrationsvertrag?

In einer Pressemitteilung vom März 2007 der CDU-Wiesbaden heißt es, es gebe nunmehr eine Jamaika-Fassung des Integrationsvertrages, über die der Stadtrat Grella verhandele. Das Amt Grella hat die BLW-Fraktion wissen lassen, verhandelt werde über den Entwurf von 2005, alles andere sei Parteipolitik. Die AIGW (Arbeitsgemeinschaft der islamischen Gemeinden in Wiesbaden) bewertet den neuen Entwurf, den es offiziell gar nicht gibt, positiv.

Alle wissen etwas in diesem Verwirrspiel, nur als Parlamentarier weiß man so gut wie nichts. Zu gegebener Zeit wird dann die Jamaika-Koalition die Stadtverordnetenversammlung als Abstimmungsapparat benutzen.

Der CDU-Kreisverband Wiesbaden baut, wie es in der Mitteilung heißt, „auf die Mitarbeit von AIGW und DITIB“. Über die DITIB kann man sich im Internet informieren, aber wer genau ist die AIGW? Auf eine Anfrage hin haben wir die Liste von acht muslimischen Vereinen bekommen, laut Begleitschreiben sind es die der Stadt bekannt gewordenen. Gibt es also noch andere? Als Sprecher tritt Herr Said Nasri auf. Ist er ins Sprecheramt gewählt worden oder hat er sich selbst ernannt? Auch bei der Stadt weiß man offenbar sehr wenig über diese AIGW.

Die Bundestagsabgeordnete Köhler (CDU) stellt in einer Pressemitteilung vom Januar 2007 fest, daß die AIGW nicht bereit sei, sich von religiös motivierter Gewalt zu distanzieren und die Ungleichheit von Mann und Frau propagiere. Die AIGW verfolgt, laut Frau Köhler, islamistische, also tendenziell verfassungsfeindliche Ziele. Zu den acht Gemeinden gehören unter anderen die Gruppe Milli Görüs, deren Verfassungsfeindlichkeit amtlich ist, und die Tauhid-Gemeinde, die auf ihrer Website ebenfalls antiwestliche, antidemokratische Propaganda gemacht hat.

Es ist doch abwegig zu glauben, daß sich die verfassungsfeindlichen Zielrichtungen verändern würden, wenn ein Integrationsvertrag unterschrieben ist, der keinerlei Sanktionen für den Vertragsbruch vorsieht. Hier wird die ganze Problematik dieses Vorhabens deutlich. Muslimische Vereine sollen auf die Verfassung eingeschworen werden, an die sie sich sowieso zu halten haben.

Hierzu sagt im April 2007 der frühere Bundesverfassungsrichter Dr. Jentsch: „Das Grundgesetz steht nicht zur Verfügung der Gemeindeverwaltung“ Das vertragliche Bekenntnis zu unserer Werteordnung stehe nicht in der gemeindlichen Zuständigkeit und sei irrelevant.

Die BLW-Fraktion fordert, daß über Sinn und Unsinn einer solchen Integrationsvereinbarung offen und kontrovers diskutiert wird. Eine solch wesentliche Frage kann nicht allein Sache von internen Parteiabsprachen sein. Die Öffentlichkeit muß rechtzeitig erfahren, was hier mit wem vertraglich ausgehandelt wird.

Dr. Michael von Poser      Thorsten Reiß